

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unzerlegt eingesandte Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin,
Stuhl- und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die weiteren Bemühungen Dr. Trimborns.

Die Verhandlungen Dr. Trimborns mit den Parteien.

Die Bemühungen Dr. Trimborns, ein Kabinett zu bilden, dauerten auch heute vormittag fort. Er setzte sich zunächst noch einmal mit der Mehrheitssozialdemokratie in Verbindung, um sie in einer längeren Besprechung über den Stand der Dinge eingehend zu unterrichten. Die Sozialdemokraten hoben nochmals hervor, daß sie sich nicht an der Kabinettsbildung beteiligen könnten, daß sie sich aber nicht von vornherein auf eine grundsätzliche Opposition festlegen, sondern erst einmal die Letzten der neuen Regierung und den Ausgang der Verhandlungen in Spanien abwarten würden. Dr. Trimborn erklärte daraufhin, daß er nunmehr ein Kabinett aus Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokratie aufbauen zu bringen versuchen werde. Er hatte auch bereits eine nach dieser Richtung hin zusammengestellte Ministerliste vorbereitet. Als Reichstagsminister ist, wie wir hören, von Herrn Dr. Trimborn Professor Fehrenbach in Aussicht genommen. Im weiteren Verlaufe des Vormittags setzte sich Dr. Trimborn auch mit Dr. Petersen ins Benehmen, um weitere Verhandlungen mit den Demokraten zu verabreden. Auch mit der Deutschen Volkspartei hat Dr. Trimborn abermals Fühlung genommen. In Zentrumskreisen nimmt man an, daß es Dr. Trimborn nunmehr in kürzester Zeit gelingen werde, das neue Kabinett zu bilden. Wer indessen die heutigen Äußerungen der Berliner Morgenblätter, die als Organ der Deutschen Volkspartei gelten, gelesen hat, muß es doch höchst zweifelhaft finden, ob für die Demokraten irgendein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei möglich ist.

Einberufung des neuen Reichstags

Berlin, 16. Juni. (Mittlich)

Der Präsident der Nationalversammlung erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund der Artikel 27 und 180 der Verfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am **Donnerstag, 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten**. Der Präsident der Nationalversammlung: C. Fehrenbach.

Die Presse der Rechtsparteien

gegen die Erklärung der Demokraten.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei gibt ihrem tiefen Bekundem darüber, daß sie selbst noch nicht zur Regierungsabildung herangezogen worden ist, in folgender Mitteilung Ausdruck, die die Reichspresse veröffentlicht:

„Seit über eine Woche ist die Bildung der Regierung, die von der politischen Lage dringend erfordert und vom deutschen Volk erwartet wird, um seinen Schritt vorwärts gekommen. An die Deutschnationale Fraktion hat sich bis zur Stunde kein Schritt mit der Regierungsabildung beizutragen hören mit dem Ergebnis, um Zeitnahme an den Verhandlungen gemeldet. Das muß uns so sehr beunruhigen, weil durch die veröffentlichten Erklärungen der Fraktion und durch die Haltung, die von der Deutschnationalen Seite seit den Wahlen eingenommen ist, die Bereitwilligkeit der Partei, die Bedürfnisse des Vaterlandes gerecht zu werden, in der gestrigen Sitzung der Fraktion beinahe über einstimmig darüber, daß die Deutschnationale Fraktion, nachdem durch die Haltung der Sozialdemokraten jede Koalition zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten vereitelt wurde, eine Regierungsabildung der bürgerlichen Parteien erstrebt und zur Mitwirkung dabei durchaus bereit ist. Auch das könnte nicht ohne Opfer der Parteiangehörigen und der Parteinteressen geschehen. Diese Opfer auf sich zu nehmen, erscheint der Fraktion in Hinblick namentlich auf die bevorstehende Verhandlung in Spa, und auf die Gefahr der von radikaler Seite ausbrechenden angelegten Verurteilung gewöhnlicher Umtriebe der Verfassung als eine unbedingt vaterländische Pflicht. Wenn diese vaterländische Notwendigkeit bei den weiteren Verhandlungen sich nicht erfüllen lassen sollte, so kann das jedenfalls nicht auf des Verhältnisses der Deutschnationalen Partei zurückgeführt werden.“

Gleichzeitig behauptet eine offiziöse Erklärung der Deutschnationalen, es sei unzutreffend, daß gegen die Bereitwilligkeit zur praktischen Mitarbeit von dem „deutschvölkischen Flügel“ der Partei Widerspruch erhoben worden sei, vielmehr habe in der Deutschnationalen Fraktion von Anfang an in der Frage der Bereitschaft zur praktischen Mitarbeit volle und ausnahmslose Einstimmigkeit bestanden. Wie sich die Deutschnationalen die Mitarbeit aber praktisch denken, zeigen am besten die Kommentare, mit denen ihre Presse die Erklärung des Senats Dr. Petersen aufnimmt. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Mit dieser Erklärung haben die Demokraten die Sache des Bürgerturns von neuem verraten und eine nichtsozialistische Regierung laboriert.“ Das Verlangen, die Hinüberführung der Regierung von der Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Gedanken abhängig zu machen, nennt sie die „versteckte Zumutung“. Das Deutschnationale Organ erfüllt sich schließlich darin, die Erklärung der Demokraten auf die Formel aufzufüllen: „Der Jude über das Vaterland!“ Diese schamlose Tonart wird angeschlagen, weil die Deutsche demokratische Partei jede Berührung mit dem Antisemitismus ablehnt.

In der Presse, die für die Deutsche Volkspartei das Wort führt, wird die ausgezeichnete Erklärung der Deutschen demokratischen Partei ganz ähnlich mit Feindseligkeit und zornigen Ausfällen aufgenommen. Das ist vor-

allem bei der antisemitisch-alledeutschen „Täglichen Rundschau“ der Fall, deren Schriftleiter, Herr Rippler, ja jetzt die volksparteiide Fraktion ziert, und die natürlich gleichfalls durch die demokratische Ablehnung des Antisemitismus sich persönlich getroffen und beleidigt fühlt. Auch eine begriffliche Verärgerung darüber, daß die „besten“ Deutsche demokratische Partei in einer Situation, in der bekanntlich die „Sieger“ keinen Rat mehr wußten, mit einer so verständigen und eindringlichen Erklärung hervorgetreten ist, spricht sehr deutlich aus den Ausführungen der „Täglichen Rundschau“. Das antisemitisch-alledeutsche Organ der Deutschen Volkspartei ist empört darüber, daß eine Partei sich so zu äußern wage, die „von ihren Wählern einen gehörigen Denzettel erhalten hat“. Die Demokraten hätten „die vom deutschen Volk erhaltene Strafe“ offenbar schon wieder vergessen und sollen „jagt auf einem sehr hohen Pferde“. Man müsse antworten, daß sie allerdings, um Unterschiede von den Leuten der „Täglichen Rundschau“, nicht wie der Greis auf dem Dache sitzen, der sich nicht zu helfen weiß. Zu der Frage der Monarchie sagt das Blatt:

„Die monarchistische Frage steht überhaupt nicht im Mittelpunkt der Debatte, und niemand wird es heute unter ernsthaften Politikern auf der Rechten einfallen, die republikanische Verfassung durch eine monarchistische zu ersetzen. Das deutsche Volk hat jetzt und für die Zukunft andere Aufgaben zu erfüllen, und die monarchistische Frage ist eine Angelegenheit, über die das ganze deutsche Volk zu entscheiden hätte. Das ist, praktisch genommen, der Standpunkt, den man auf der Rechten hat. Theoretisch werden aber die Demokraten den Rechtsparteien eine andere Auffassung als deren grundsätzliche nicht aufzutreiben. In der Deutschen Volkspartei sowohl wie in der Deutschnationalen Partei hat man ganz klare Meinungen über den Wert der Monarchie und über die Nachteile der Republik, und niemand wird es auf der Rechten einfallen, der geschlagenen Deutschnationalen Partei zuuliebe auch nur ein Spießchen der Hebezeugung preiszugeben. Es mag sein, daß unter den Anhängern der Deutschen Volkspartei sich diese oder jene Kreise befinden, die heute vielleicht dem republikanischen Staatsgedanken näher stehen als dem monarchistischen, und daß sie der Meinung sind, es liege im Interesse Deutschlands, daß das Reich für alle Zeiten eine Republik bleibe, aber den Demokraten sei versichert, daß die Ansichten, die beispielsweise erst kürzlich wieder sehr weitverbreitet und nur Verwirrung stiftend in der „Köln. Ztg.“ vertreten worden sind, bei mehr als 90 v. H. aller Anhänger der Rechten keinen Widerhall finden.“

Im übrigen meint das antisemitisch-alledeutsche Organ der Deutschen Volkspartei, daß die Demokraten gar keine Bedingungen zu stellen, sondern sich zu fügen haben. Es erklärt:

„Die Demokraten, die aus dem Wahlschicksal als die Geschlagenen hervorgegangen sind, werden sich darüber klar sein müssen, daß, wenn sie mit den sitzenden Rechtsparteien oder mit einer der Rechtsparteien zusammenarbeiten, sie den Auffassungen rechts von der demokratischen Partei Rechnung tragen müssen. Wie diese Auffassungen sind, ist allgemein bekannt.“

Diese Sprache kann die Demokraten natürlich nur veranlassen, umso entschiedener an den in ihrer Erklärung formulierten Grundsätzen festzuhalten. Wie jedes Abweichen von diesen Grundsätzen ausgesetzt werden würde, zeigt die Stellung der „Täglichen Rundschau“. Der „Berliner Volks-Anzeiger“, der eine mehr diplomatische Richtung vertritt und die scharfen Töne vermeidet, läßt sich zu der, in der demokratischen Erklärung berührten monarchistischen Frage von hervorragender volksparteilicher Seite mitteilen: „Wenn die demokratische Agitation sich auf den Standpunkt stellt, daß jede monarchistische Agitation bekämpft werden muß, so verläßt sie den Boden der Reichsverfassung.“ Das ist eine keine Verächtlichung des Sachverhalts. Die demokratische Fraktion hat lediglich erklärt, daß zum Regierungsprogramm Ablehnung und Bekämpfung der monarchistischen Agitation gehört. Die Reichsverfassung gewährleistet allerdings die Freiheit jeder sich in gesetzlichen Bahnen bewegendem Agitation, aber sie begründet doch nicht die Verpflichtung, eine für die Monarchie agitierende Partei in die Regierung einer demokratischen Republik aufzunehmen!

Die demokratische Fraktionsbildung.

Heute vormittag 11 Uhr trat in der preussischen Landesversammlung die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei des neuen Reichstages zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Senator Petersen, eröffnete die Sitzung mit Begrüßungsworten an die neuen und alten Kollegen und mit warmen Worten des Dankes an den bisherigen Fraktionsvorsitzenden v. Payer und an die nicht wiedergewählten demokratischen Abgeordneten der Nationalversammlung. Sodann gab Dr. Petersen einen Rückblick über die bisherige Fraktions- und Parteipolitik. Was hier jetzt in Berlin von Tag zu Tag geschieht, sei die beste Rechtfertigung der demokratischen Politik und ihrer Wahlaktive. „In der kleineren Fraktion werden wir“, fuhr er fort, „um so größere Arbeit leisten.“ Dr. Petersen ging dann des längeren auf die Vorgänge der letzten Tage ein und erläuterte die Erklärung, die er schriftlich formuliert dem Reichspräsidenten Ebert und dem Abgeordneten Trimborn übergeben hat. Es folgte dann die politische Aussprache, die naturgemäß einen vertraulichen Charakter trug. Ein großer Teil der Abgeordneten sprach den Wunsch zur Wiederherstellung der bisherigen Regierungskoalition aus. Am Schluß der Sitzung sollen die Unterhändler ernannt werden, die zu etwaigen weiteren Verhandlungen für die Kabinettsbildung bestimmt sind. Die Wahl des Fraktionsvorstandes soll erst in der ersten Sitzung nach Zusammentritt des Reichstages erfolgen.

Der neunte Kongreß der kommunistischen Partei in Moskau.

Ist der Bolschewismus wandlungsfähig?

Von [Name] [Name]

Dr. J. Hesson.

ehemaliger Dumaabgeordneter
und Chefredakteur der „Rjetsch“.

Ist eine Wandlung des Bolschewismus möglich? — das ist gegenwärtig mit die wichtigste Frage der internationalen Politik. Nach dem Mißerfolg der militärischen Maßnahmen ist das ganze Drängen und Treiben des ohnmächtigen und ermüdeten Europas, gemäß dem Grundlag „der Wunsch ist der Vater des Gedankens“, auf eine innere Wandlung des Bolschewismus gerichtet, und die Welt bezieht sich, die Frage in einem bejahenden Sinne zu beantworten. Dieser Strömung kommt eine analoge Tendenz unter den Russen selbst entgegen, bei denen die bolschewistische Idee, daß man dem Hebel nicht mit Gewalt Widerstand leisten dürfe, in Zeiten der Depression sich stets eines großen Erfolges erfreute.

Und so sehen wir Krassin bereits in London, und auf die Anfrage aus dem Unterhause antwortet der Vertreter der britischen Regierung, daß die Verhandlungen mit den Bolschewisten lediglich eine Sache der Taktik seien. Andererseits protestiert Frankreich gegen diese Verhandlungen, und zunächst ist der neue Schritt Europas in der Richtung einer Verständigung mit den Bolschewisten nichts als ein neuer Beweis von Ohnmacht, Unentschlossenheit und Mangel einer bewußten Politik.

Und doch ist es, wenn man nur einen Augenblick von tatsächlichen Erwägungen absteht und in das Wesen der Sache selbst eindringt, nicht schwer, auf Grund authentischer bolschewistischer Dokumente eine Antwort auf die alle so lebhaft interessierende Frage zu erhalten. Vor einem Monat fand in Moskau der neunte Kongreß der kommunistischen Partei statt, der eine ganz außergewöhnliche Bedeutung hatte, denn an ihm nahmen zum ersten Male auch Vertreter der Ukraine, Sibiriens und des Dongebietes teil, und was noch wichtiger ist, hier wurde zu allererst, nach der Unterdrückung der „Konterevolution“, die Frage nach dem Wiederaufbau verhandelt. Dem ist nichts mehr entgegenzusetzen soll. Wie hat nun der Kongreß sich ausgeprochen? Die Verhandlungen führten zu einer lebhaften Auseinandersetzung darüber, ob die Fabriken und Werkstätten unter persönlicher Leitung stehen oder kollektiv verwaltet werden sollen, was bekanntlich eine Forderung des Sozialismus ist. Der erstere Standpunkt wurde mit großer Energie von Lenin und Trotski verteidigt, die durchaus die Notwendigkeit, das Prinzip des Militärkommandos auf das wirtschaftliche Leben zu übertragen, beweisen wollten. Trotz der Autorität, der sich diese Männer erfreuen, trafen sie auf eine starke Opposition von Seiten einflussreicher und, wie man annehmen sollte, auch kompetenter Personen, wie A. I. Low, des Vorsitzenden des Wirtschaftsrates, der den Führern des Weltproletariats Verrat an den grundlegenden Prinzipien des Sozialismus vorwarf und zu beweisen verfuhr, daß dort, wo sich das Prinzip der persönlichen Leitung erhalten habe, die Zerrüttung den höchsten Grad erreichte hat. Dennoch wurde die Opposition vollständig gequodert, und keine einzige Korrektur an den Thesen Lenins und Trotskis wurde vom Kongreß angenommen.

So weit scheint die Wandlung tatsächlich bereits begonnen zu haben. Ja, sie hat nicht nur begonnen, sondern die Bolschewisten haben bereits den Rückgang zu der bürgerlichen Gesellschaftsordnung angetreten: sie fordern Abschaffung und die früheren Befehle der Industrie auf, in ihren Dienst zu treten, übertragen auf sie die Leitung der Betriebe, führen das System der individuellen Entlohnung wieder ein, wobei sie nicht nur Prämien für hervorragende Arbeit geben, sondern auch, auf den Hunger spekulierend, den Lohn in Nahrung zahlen, die in Sowjetrußland nur mit größter Mühe für feures Geld zu haben ist. Das ist schon keine bloße Wandlung mehr, sondern die Rückkehr zu dem alten Regime ist in vollen Gange. Aber wir wollen noch keine Schlüsse ziehen, bevor wir nicht auch die anderen Revolutionen kennen gelernt haben, die an und für sich, besonders aber auch, wenn man sie mit den oben erwähnten vergleicht, von außerordentlichem Interesse sind. Eine der weiteren Fragen, die den Kongreß beschäftigten, war die nach dem Schicksal der Genossenschaften und der Gewerkschaftsvereine. Man sollte meinen, daß diese Fragen in einem demokratischen Staate keinen Anlaß zu einem Mißverständnisse geben konnten. Hier kam es dennoch beinahe zu einer Fäule und ein so angelegener Sozialdemokrat wie W. I. Janow konnte erst zu Worte kommen, nachdem 50 Mitglieder des Kongresses dem Antrag gestimmt hatten, daß ihm das Wort erteilt werde. Natürlich blieb seine Rede ohne jede Folge. Lenin erklärte: „Wir müssen alle Spuren der Politik der Menschewisten und der Sozialrevolutionäre, die die persönliche Freiheit verherlichen, vom Angesicht der Erde vertilgen.“ Und demgemäß wurde beschlossen, die Selbständigkeit der Gewerkschaftsvereine nicht anzuerkennen. Ihre Aufgabe dürfte lediglich darin bestehen, zu der Militarisierung der Arbeit beizutragen. Hierzu müßten sie dem gesamten System der kommunistischen Institutionen eingegliedert werden, dem Staatsapparat untergeordnet, wie Bucharin sich ausdrückte. Aber mehr noch: sie sollen, so meint die „Prawda“, der Kontrolle der kommunistischen Partei unterworfen werden.

Das gleiche Verhalten zeigte sich auch gegenüber den Genossenschaften, von denen heute im Zusammenhang mit der unaufhaltbaren Tendenz zur Erneuerung der

